

„Gesetzgeber muss eingreifen“ ^{WA} ^{1.02.13}

WA-GESPRÄCH Anne Böse zur „Pille danach“

HAMM ▪ Mit Empörung reagiert die Arbeitsgemeinschaft der Hammer Frauenverbände auf die Haltung der beiden Hammer Kliniken in katholischer Trägerschaft, die auch nach dem Kölner Skandalfall weiterhin verweigern will, Vergewaltigungsoptionen die „Pille danach“ zu verordnen. Über mögliche Konsequenzen sprach Detlef Burrichter mit der Vorsitzenden Anne Böse.



Anne Böse, Vorsitzende der AG Hammer Frauenverbände.

Hat es Reaktionen auf den Appell der AG Hammer Frauenverbände gegeben, dass die Behandlungspflicht gegenüber vergewaltigten Frauen auch für Krankenhäuser in katholischer Trägerschaft zu gelten hat?

Böse: Viele Leute, die das Statement im WA gelesen haben, haben uns in dieser Haltung bestärkt und sich teilweise für die klaren Worte bedankt; darunter waren durchaus auch Katholiken. Von den drei angeschriebenen konfessionellen Hammer Kliniken hat sich bislang erst das Evangelische Krankenhaus mit einem Brief gemeldet. Darin versichert der Geschäftsführer Michael Wermker ausdrücklich, dass das EVK selbstverständlich zu jeder Zeit bereit und in der Lage sei, Hilfesuchenden eine adäquate medizinische Versorgung anzubieten. Er betont, dass dazu auch unter Berücksichtigung des psychischen Zustands der vergewaltigten Frau auch die Gabe der „Pille danach“ gehören würde. Für diese Haltung bin ich Herrn Wermker – sicherlich im Namen vieler Frauen – sehr dankbar!

Die beiden katholischen Kliniken, das St.-Marien-Hospital und die St.-Barbara-Klinik, haben sich noch nicht bei Ihnen gemeldet?

Böse: Nein, bisher nicht.

Die St.-Barbara-Klinik hat allerdings in einem Pressebericht nochmals nachdrücklich untermauert, in ihrem Hause werde es für Gewaltopfer keine „Pille danach“ geben.

Böse: Eine Haltung, die wir – die Frauen, die Steuerzahler, die Versicherten – unter keinen Umständen tolerieren. Ich sage nochmals: Auch die katholischen Krankenhäuser werden von Steuergeldern und mit Beitragsgeldern der Krankenversicherten finanziert. Die Krankenhäuser sind lange keine Wohlfahrts-einrichtungen mehr, die sich eigene Regeln geben können, sondern knallharte Wirtschaftsunternehmen im Wettbewerb. Und deshalb haben auch katholische Krankenhäuser eine Behandlungspflicht gegenüber allen Patienten – ohne Vorbehalte! Insbesondere auch vergewaltigten Frauen gegenüber!

Die St.-Barbara-Klinik wäre aber doch bereit, Vergewaltigungsoptionen an das EVK zu verweisen, wo mit der „Pille danach“ geholfen würde!

Böse: Wir Frauen in Hamm können froh sein, dass wir ein drittes, das Evangelische Krankenhaus haben, wo diese Hilfe selbstverständlich ermöglicht wird. In anderen Städten könnte das anders aussehen! Allerdings empfinde ich es als Heuchelei der katholischen Kliniken: Sie verweigern selbst die „Pille danach“, aber überweisen an andere Kliniken, die betroffenen Frauen dieses Verhütungsmittel verabreichen sollen. Ich glaube, mit der Problematik, dass sich öffentliche, katholische Kliniken eigene Behandlungsregeln geben, muss sich dringend der Gesetzgeber beschäftigen.

WA -
1.02.2013